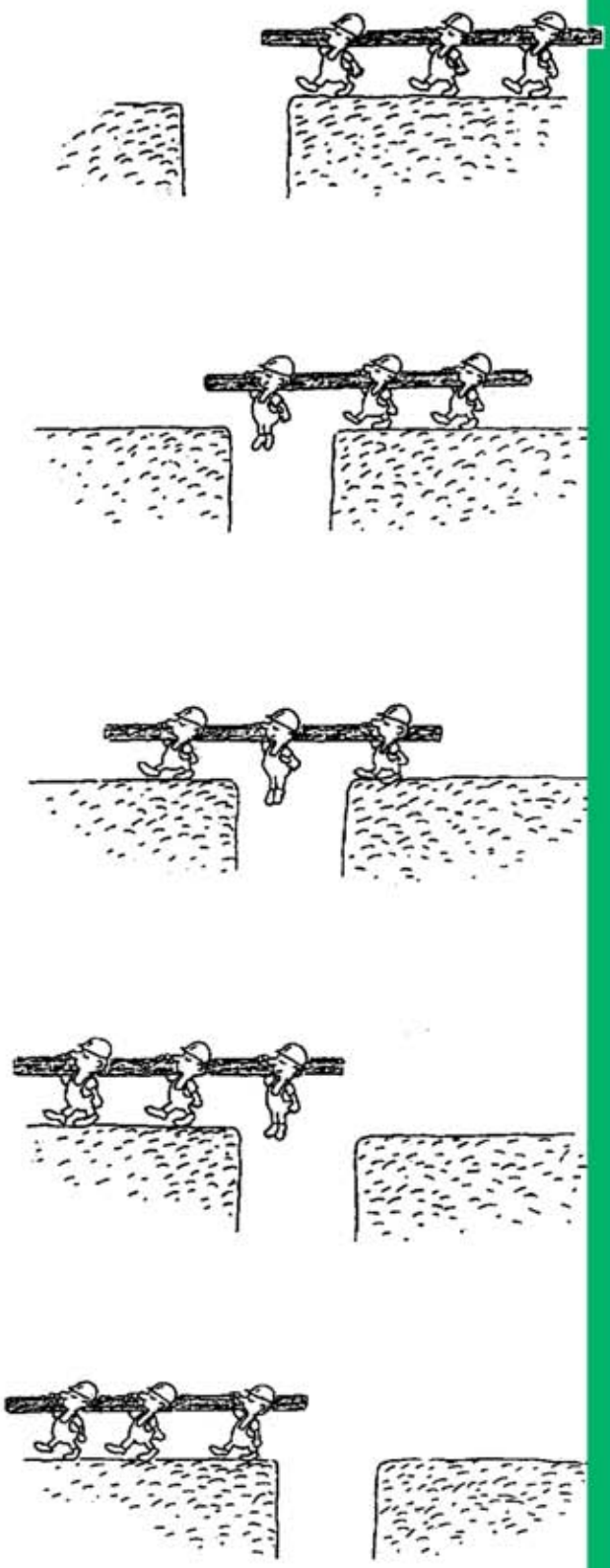
HafenCity Universität Hamburg

Stadt-, Regional- und Umweltplanung

Prof. Dr. Jörg Knieling
Dipl.-Geo. Antje Matern



Kurzfassung der Bachelor Thesis

Lernen von Bern:

Erweiterte Partnerschaftsstrukturen für deutsche Regionen

Beitrag zum ALR Hochschulpreis 2008 „Zukunftsfähige Land- und Regionalentwicklung in Niedersachsen“

Eingereicht im September 2008 von:

Kerstin Beisemann
Mareike Korb

Anmerkung

Die vorliegende Arbeit ist eine Kurzfassung der am 01.07.2008 am Institut für Stadt-, Regional- und Umweltplanung der HafenCity Universität eingereichten Bachelor Thesis „Lernen von Bern – Erweiterte Partnerschaftsstrukturen für deutsche Regionen", welche die Überarbeitung und Erweiterung des Ansatzes der *Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland* – bestehend aus den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bzw. Teilen dieser sowie der Metropolregion Hamburg – vorsieht.

Hiermit erklären wir, Kerstin Beisemann und Mareike Korb, dass wir die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet haben. Alle wörtlichen und sinngemäßen Übernahmen aus anderen Werken sind als solche kenntlich gemacht.

Hamburg, den 11. September 2008

Unterschrift Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

0. Einführung

I. Theorie

1. Von Government zu Governance
2. Regionalpolitik im Wandel
3. Neue Leitbilder und ihr Entstehungsprozess
4. Handlungsdruck erfordert neue Agglomerationspolitik

II. Fallstudie Modellvorhaben

1. Fallstudie
2. *MORO Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (MRH)
3. Modellvorhaben: Agglomerationsstrategie Kanton Bern
4. Vergleich des *MORO-Nord* mit der *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* im Kanton Bern

III. Die erweiterte Partnerschaftsstruktur

1. Hintergrund
2. Konzept
   - 2.1 Das Kooperationsforum
   - 2.2 Die Organisationsform
   - 2.3 Der Vorsitzende
   - 2.4 Das Projektmanagement
   - 2.5 Die Umsetzung
   - 2.6 Die Projekte
   - 2.7 Die Kommunikation und Koordination
3. Gesamtfazit

Abbildungsverzeichnis
Literaturverzeichnis
Interviewverzeichnis

0. Einführung

Aktuelle Trends in der Raumentwicklung
Deutschland weist derzeit strukturstarke sowie strukturschwache Räume auf. Strukturstarke Räume sind insbesondere im Westen vorzufinden. Hierzu zählen neben Großstadtregionen mit Metropolen im Kern – wie z.B. München, Stuttgart und Hamburg – auch vereinzelt größere Gebiete in eher ländlich strukturierten Regionen, wie z.B. das Emsland und Münsterland sowie weite Teile des Rheinlands zwischen Köln/ Bonn und Wiesbaden/Frankfurt. Strukturschwache Räume sind vor allem in ländlichen und altindustriellen Regionen in Ost- wie auch in Westdeutschland vorzufinden. (Vgl. BBR, 2005: 85-90)

Mit der Globalisierung, Internationalisierung und dem demographischen Wandel bilden sich veränderte Rahmenbedingungen aus, die neue Trends und anknüpfend neue Herausforderungen an die Raumentwicklung hervorbringen. Zu den aktuellen Trends in der Raumentwicklung Deutschlands zählen derzeit die Suburbanisierung sowie der Flächenverbrauch und die Zersiedelung im Bereich der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung. Trotz erster Anzeichen einer Wende zur Reurbanisierung, bestehen zurzeit noch bedeutende Suburbanisierungsprozesse. Die daraus entstehende Ausdehnung der Städte in ihr Umland sowie entlang der Siedlungs- und Verkehrsachsen in peripheren ländlichen Räumen hat zur Folge, dass es zur Zersiedelung des ländlichen Raums kommt und neben den Siedlungs- auch Verkehrsflächen neu in Anspruch genommen werden, um den hohen Pendlerströmen in die Zentren begegnen zu können. Zudem vergrößern sich Nutzungskonflikte und der Freiraumbestand schrumpft. (Vgl. Eisinger/ Schneider, 2005: 10; Schultz/ Dosch, 2005: 5-13; BBR, 2005: 53-70)

Des Weiteren ist die Raumentwicklung Deutschlands aktuell geprägt von einer Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung. Dies bezieht sich sowohl auf Regionen, als auch auf räumlich kleinere Einheiten. (Vgl. BBR, 2005: 41-52)

Herausforderungen, die sich an die Regionalentwicklung stellen
Die aus den genannten Entwicklungen entstehenden Herausforderungen, die sich an die Regionalentwicklung stellen, sind folglich vielfältig und gehen oft über Gemeinde- oder sogar Ländergrenzen hinaus. Aufgrund der Zielsetzung, gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten – und hierfür insbesondere die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge –sowie eine nachhaltige Raumentwicklung betreiben zu können, muss einerseits den sich regional unterschiedlich verändernden demographischen und strukturellen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Andererseits müssen die vielfältigen Raumfunktionen bei zunehmenden Nutzungskonflikten in vielen Regionen gesichert werden. (Vgl. BBR, 2005: 107-108) Unter den Aspekten der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer nachhaltigen Raumentwicklung stellt

sich die Frage, wie unter den genannten Entwicklungsbedingungen und neuen Herausforderungen in allen Teilräumen eine ausgewogene Raumentwicklung entstehen kann. Es treten folglich neue Anforderungen an die raumplanerischer Steuerung und Fragen nach dieser in den Mittelpunkt.

So sollen alle Räume befähigt werden, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Gegenseitige Verantwortung ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Es ist demnach notwendig, dass sich die Teilräume einer Region koordinieren.

Hierdurch ergeben sich für die dieser Kurzfassung zugrunde liegende Bachelor Thesis Fragen nach einer geeigneten Kooperationsform, der Möglichkeit der Zusammenarbeit verschieden starker Teilräume sowie einem regionalen Disparitätenausgleich. Diese Fragen führen zu folgender These: *Langfristig müssen sich Akteure aller Teilräume in den Partnerschaftsstrukturen wieder finden, um eine dauerhafte Kooperation zwischen allen Teilräumen aufbauen zu können.* Zu diesem Zweck sind neue Kooperationsstrukturen, folglich neue Instrumente notwendig, die den räumlichen Ungleichheiten begegnen.

Deutschland und die Schweiz als Beispielländer

Für die Bachelor Thesis wurden die Länder Deutschland und Schweiz gewählt, welche beide durch eine polyzentrische Entwicklung geprägt sind. Zusätzlich können weder die Schweiz noch Deutschland entgegen vieler monozentrischer Staaten in Europa, wie z.B. Frankreich, eine Weltstadt – wie Paris – vorweisen. Somit könnte von einer ungünstigen Ausganglage für den internationalen Wettbewerb ausgegangen werden, da hierfür eine ausreichende Dichte und räumliche Konzentration von Personen, Kapital und Know-how gefragt sind. (Vgl. Eisinger/ Schneider, 2005: 4-5) Tatsächlich haben aber sowohl die Schweiz als auch Deutschland bereits auf die im Zuge von Internationalisierungs- und Globalisierungs- sowie nationalen Umgestaltungsprozessen sich verändernden Rahmenbedingungen in der Raumentwicklung reagiert. Die Schweiz ist mit der neuen Agglomerationspolitik auf den städtischen Raum ausgerichtet. Und auch die deutsche Raumentwicklung nimmt die Metropolregionen stärker wahr. Beide Länder wollen den ländlichen Raum dabei dennoch nicht vernachlässigen, sondern Strukturen entwickeln, die eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit ermöglichen und fördern. (Vgl. ARE/UVEK 2005: 5, 19-20; Aring, 2006a: 618)

Neue Instrumente für eine bessere Zusammenarbeit

Das Konzept der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft in Deutschland bietet hierzu erste Ansatzpunkte. Durch den Aufbau überregionaler Partnerschaften aus verschieden starken Teilräumen soll eine wettbewerbsfähige Großregion mit Ausgleichfunktionen entstehen. Durch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Teilräume sollen gemeinsame Vorteile erwachsen und Synergieeffekte erzielt und genutzt werden. (Vgl. BBR, 2008; Hahne/ Glatthaar, 2005: 6; Institut Raum & Energie, 2008)

Auch die Schweiz hat im Rahmen ihrer neuen Agglomerationspolitik mit den *Modellvorhaben der 1. Generation* auf die neuen Herausforderungen reagiert. Mit dem Ziel, eine verbesserte Kooperation innerhalb der Agglomerationen zu erreichen, entwickeln die Modellregionen innovative Projekte zu vielfältigen Themen. Die Einbeziehung von Akteuren aller Teilräume sowie gemeinsames Wirken unterschiedlich starker Räume stehen im Mittelpunkt der Modellvorhaben *Agglomerationspolitik 1. Generation*. (Vgl. ARE, 2007: 1-3)

Deutschland und die Schweiz eignen sich im Rahmen der Thesis somit sehr gut für einen Vergleich. Im Rahmen der Bachelor Thesis wird deshalb folgende Forschungsfrage untersucht: *Wie kann der Ansatz der Überregionalen Partnerschaften in Deutschland im Vergleich mit dem MORO – den Modellvorhaben Agglomerationspolitik 1. Generation der Schweiz nach – weiterentwickelt werden, um durch eine ausgewogene Regionalentwicklung zu einer Zusammenarbeit aller Teilräume und damit zu einem (verbesserten) regionalen Disparitätenausgleich zu gelangen?*

Zu diesem Zweck wird ein Konzept entwickelt, das sich mit der Übertragung einzelner Punkte aus dem Modellvorhaben der Schweiz auf die *Überregionale Partnerschaft Norddeutschland* befasst.

I. Theorie

1. Von Government zu Governance

Durch den in der Einführung erwähnten Wandel unterschiedlicher wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen entwickelte sich ab den 1990er Jahren ein neues Politik- und Planungsverständnis. Neue ‚weiche' Steuerungsinstrumente und -formen wurden von der Politik aufgenommen und die informelle räumliche Planung und Entwicklung auf regionaler Ebene gewann an Bedeutung. In vielen Regionen, sowohl in ländlichen als vor allem auch in städtischen Gebieten, wurden diese modernen Formen regionaler Zusammenarbeit getestet (*Regional Governance*). (Vgl. Fietkau/ Weidner, 1992: 26)

Unter dem Leitsatz ‚vom Government zur Governance' entwickelte sich der Staat zu einem verhandelnden und kooperativen Staat (vgl. Fürst, 1996: 6), der auf einer an Konsens orientierten Politik und netzwerkartigen Verflechtungen beruht. (Vgl. ARL, 2000: 87-88)

Mittlerweile hat sich die informelle räumliche Planung vollständig etabliert und wird als Ergänzung zur formalen klassischen Planung verstanden. (Vgl. Selle, 1995: 240-241) So ist sie heutzutage auch im ROG in §13 verankert. Die informelle Planung kann die Mängel der bestehenden hierarchisch-organisierten Steuerung durch auf Kooperation, Aktivierung und Verhandlung ausgerichtete Steuerungsformen ausgleichen. (Vgl. Gorsler, 2002: 10-11)

2. Regionalpolitik im Wandel

„Die Regionalpolitik ist Gegenstand einer Neuorientierung." (ARL, 1999: 86) Grundsätzlich bemüht sich die Regionalpolitik in beiden Ländern um den Abbau regionaler Disparitäten und um die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in wirtschaftlich schwachen Regionen. In beiden Ländern befindet sich die Regionalpolitik derzeit im Wandel, jedoch sieht die Neuorientierung unterschiedlich aus. (Vgl. ARL, 1999: 86) Wichtig ist zu sagen, dass sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland die Trennung von Raumordnungs- und Regionalpolitik zunehmend verschwimmt und beide nicht mehr als eigenständige, voneinander unabhängige Politiken angesehen werden und werden können. (Vgl. Maier/ Tödtling, 2002: 177)

In beiden Staaten spielt die Zusammenarbeit in Netzwerken eine zentrale Rolle in der Regionalpolitik. In der Schweiz gibt es einerseits einen Wandel in der Regionalpolitik mit der Neuen Regionalpolitik, die sich nun mehr auf finanzielle Aspekte bezieht und andererseits auch in der Raumordnungspolitik. Diese reagierte 2001 im Zuge der beschriebenen Veränderungen mit einem Bericht der Agglomerationspolitik des Bundes. Die deutsche Regionalpolitik hat sich zu einer übergreifenden regionalen Entwicklungspolitik gewandelt. Hierbei kommt den neuen Leitbildern der

Raumordnung eine zentrale Rolle zu.

3. Neue Leitbilder und ihr Entstehungsprozess

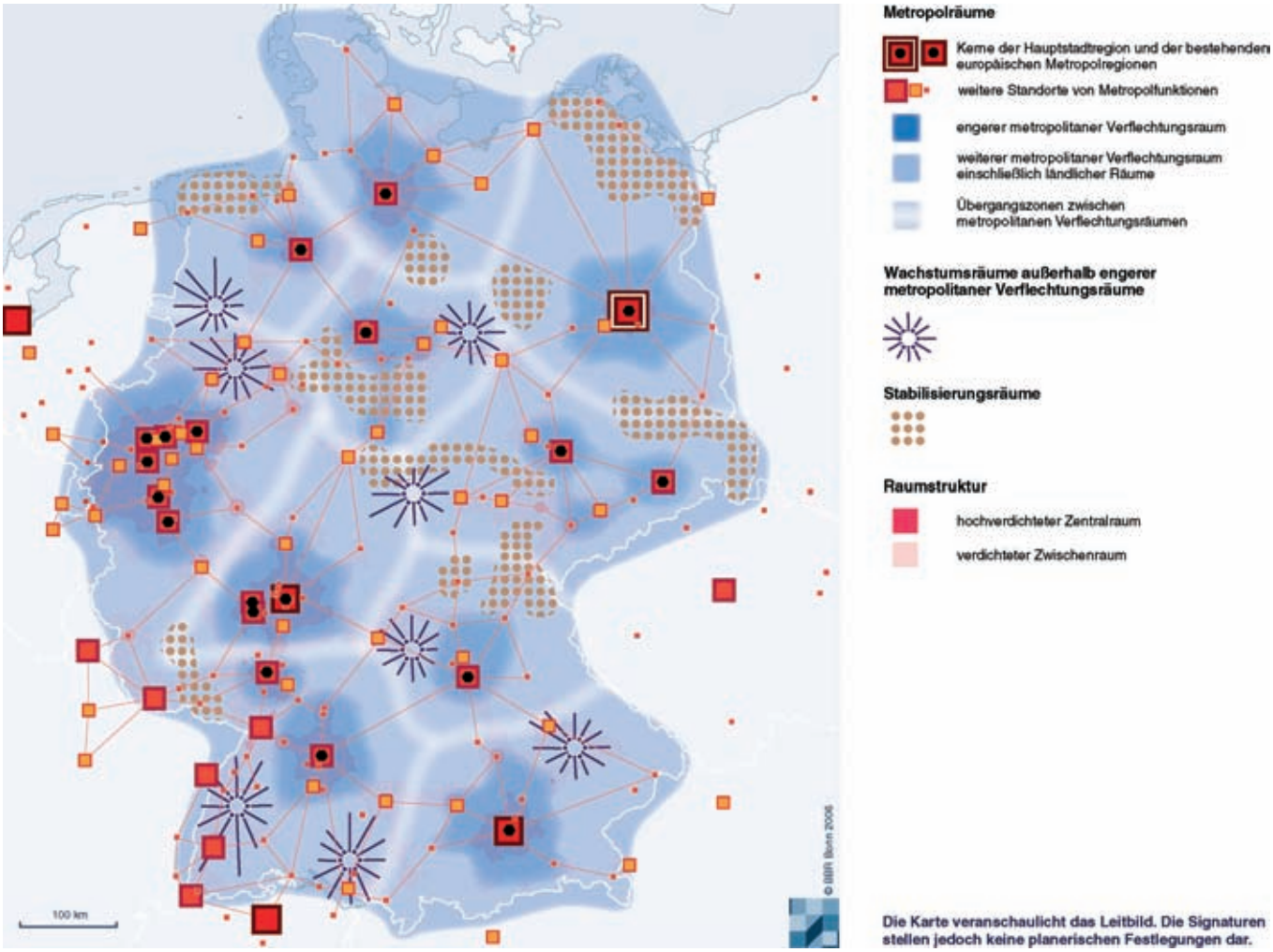
Im Jahre 1997 wurden Leitbilder als neues Instrument zur Abstimmung von Entwicklungsvorstellungen zwischen Bund und Ländern in §18 Abs.1 des Raumordnungsgesetztes aufgenommen. Positive Erfahrungen mit dem Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen sowie mit dem Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen gaben dazu den Ausschlag. (Vgl. Aring, 2006a: 613) Leitbilder der Raumentwicklung sollen aktuelle Herausforderungen und politische Prioritäten dynamisch ausfüllen. Sie stellen keine verbindlichen planerischen Festlegungen dar, sondern versuchen, Handlungsansätze und Arbeitsschwerpunkte der Raumordnung der kommenden Jahre vorzubereiten. (Vgl. Aring, 2005: 22 f.)

Der Leitbildprozess war ein Entwicklungsprozess im Diskurs und wurde seit 2003 durch ein knapp zweijähriges Projekt begleitet und organisiert. (Vgl. Aring, 2006b: 43) Am 30. Juni 2006 wurden die neuen Leitbilder der Raumentwicklung von der Ministerkonferenz für Raumordnung beschlossen. Aus dem Prozess der Leitbildentwicklung sind die drei Leitbilder *Wachstum und Innovation*, *Öffentliche Daseinsvorsorge sichern* und *Ressourcen bewahren*, *Kulturlandschaften gestalten* hervorgegangen. (Vgl. Aring, 2006a: 618)

Das Leitbild *Wachstum und Innovation* steht im Fokus der Ausarbeitung und beinhaltet den Baustein der *Überregionalen Partnerschaften*. Das Leitbild steht in enger Verbindung mit der von der EU erarbeiteten Lissabon- Strategie, die es sich zum Ziel gemacht hat, Europa zur wettbewerbsfähigsten Region zu entwickeln. Durch die Weiterentwicklung von Partnerschaften zwischen Stadt und Land soll die gemeinsame Verantwortung von Regionen gekräftigt werden. Es sollen Stärken gestärkt und Kräfte sowie Potentiale gebündelt und vernetzt werden. Wichtig ist hierbei, dass dies nicht in enger räumlicher Begrenzung stattfindet. Die Zusammenarbeit zwischen metropolitanen Kernen und weiteren Stadtregionen in Metropolregionen ist wichtige Grundvoraussetzung für das Funktionieren der für die Entwicklung sehr wichtigen Metropolregionen (vgl. Abb. 1).

Überregionale Partnerschaften sollen keine Alternative zu bereits vorhandenen territorialen Gliederungen darstellen, sondern fordern zur Anpassung der Strukturen überall dort auf, wo die bestehenden Grenzen durchbrochen oder überlagert werden. Hierdurch werden neue Kooperationsformen gefördert, die zu funktionalen Verflechtungen führen. (Vgl. Sinz, 2006: 608 ff.) Im Rahmen der Leitbilder wird des Weiteren auf das Einsetzen von Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) hingewiesen, wobei das MORO-Forschungsfeld *Wachstumsbündnisse und Verantwortungsgemeinschaften* für die Bachelor Thesis von besonderer Bedeutung ist. (Vgl. Gatzweiler, 2006: 678 ff.)

Abb. 1: Leitbild *Wachstum und Innovation* (BBR, 2006a)



4. Handlungsdruck erfordert Agglomerationspolitik

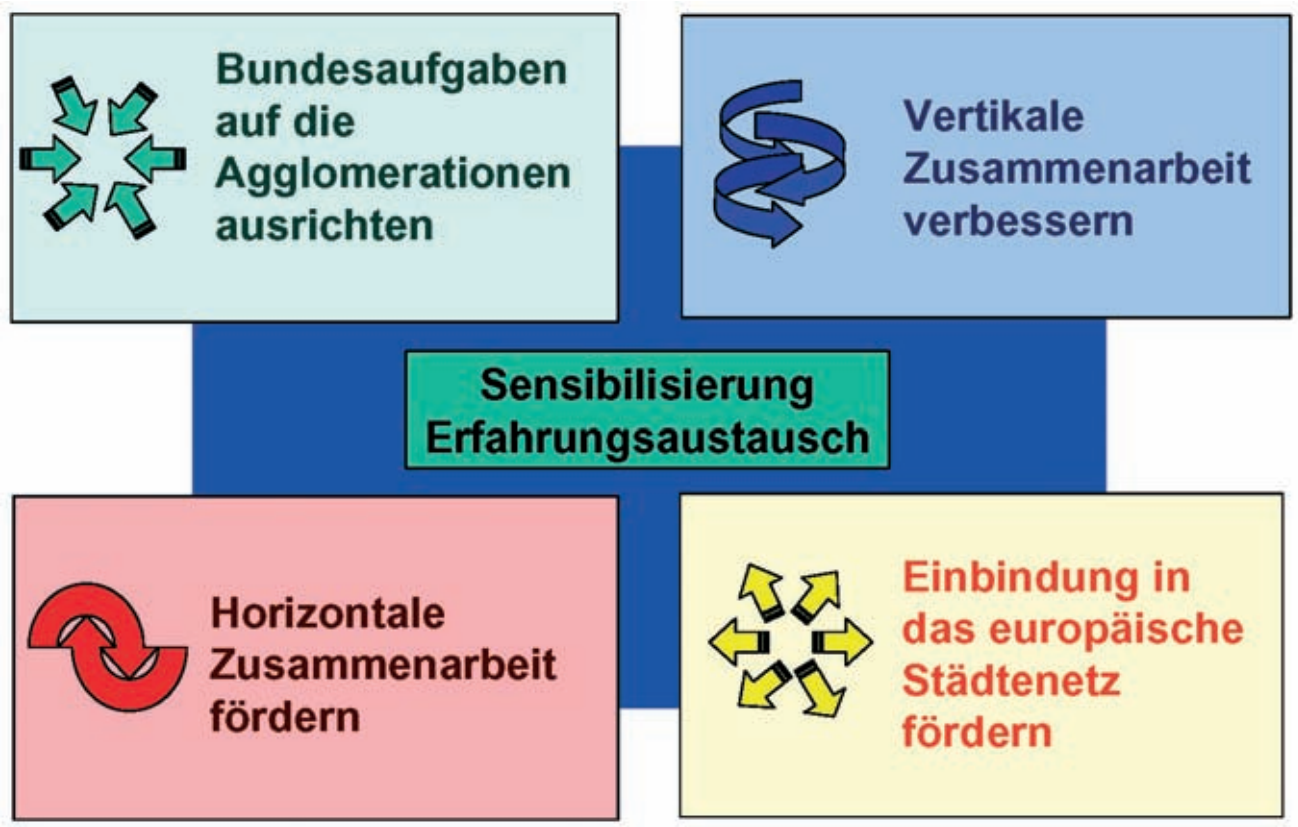
2/3 der Schweizer Bevölkerung lebt heute in Agglomerationen. Gemeinsam mit ihren Städten stellen sie die Wirtschaftsmotoren des Landes dar. (Vgl. SECO, 1999: 5). Statistisch gesehen zählt fast ¼ der schweizerischen Fläche als Agglomeration. Heute leben auf 56% der Siedlungsfläche 73% der Bevölkerung. Daraus wird ersichtlich, dass sich die Agglomerationen immer mehr in die Landschaft ausdehnen. Oftmals werden Gemeinde-, aber auch Kantons- und sogar Landesgrenzen durch entstehende Herausforderungen der Agglomerationen überschritten, wodurch eine Zusammenarbeit dieser unumgänglich wird. (Vgl. ARE, 2003a: 1 ff.) Herausforderungen ergeben sich aufgrund von funktionalen und sozialen Entmischungen und bestehenden politischen Strukturen, die eine differenzierte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden vorsehen. (Vgl. Tobler, 2002: 505) Diese Erkenntnis war Auslöser für die im Jahre 2001 lancierte Agglomerationspolitik des Bundes, welche als Ergänzung zu den Aktivitäten von Kantonen, Städten und Gemeinden zu verstehen ist. (Vgl. ARE/ SECO, 2006: 3)

Ziel der Agglomerationspolitik ist es zum einen, die wirtschaftliche Attraktivität der

Städte zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern und zum anderen das dezentrale Netz von Städten verschiedener Größe und Funktionen beizubehalten. Zusätzlich wird versucht, eine weitere Ausdehnung der Agglomerationen in die Fläche zu vermeiden. (Vgl. Tobler, 2002: 506) Die folgende Abbildung 2 zeigt die fünf Handlungsstrategien des Bundes, die zur Erreichung der Ziele dienen sollen.

Die Federführung der Agglomerationspolitik liegt bei den Kantonen und Gemeinden. Der Bericht der Agglomerationspolitik nennt eine Vielzahl von Instrumenten zur Erreichung der Hauptziele. Besonders wichtig sind hier die *Agglomerationsprogramme*, die *Tripartite Agglomerationskonferenz* sowie die *Modellvorhaben* (MV), die im Rahmen der Thesis genauer untersucht wurden. Seit 2002 unterstützt der Bund durch technische und finanzielle Mittel 31 innovative Modellvorhaben, deren Schwerpunkt die Förderung der Zusammenarbeit in Agglomerationen, in Städtenetzen oder in großstädtischen Räumen ist. Insgesamt sind 28 der 50 Agglomerationen der Schweiz an den Modellvorhaben beteiligt. (Vgl. ARE/SECO, 2006: 8) Die Maßnahmen der Agglomerationspolitik werden parallel zu einander verfolgt. Schwerpunkt der neuen Politik des Bundes ist es, Anreize und fachliche Unterstützung sowie Hilfestellung bei einer Vernetzung zu bieten. (Vgl. Tobler, 2002: 506 f.)

Abb. 2: Handlungsstrategien der Agglomerationspolitik (Vgl. ARE/SECO, 2006: 7)



II. Fallstudie Modellvorhaben

Ein Modell ist „etwas, was (durch den Grad seiner Perfektion, Vorbildlichkeit o.ä.) für anderes oder für andere Vorbild, Beispiel, Muster sein kann." (Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG, 1989: 1028) Ein Modellprojekt oder Modellvorhaben weist somit beispielhaften Charakter auf (vgl. u.a. Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG, 1989: 1029) und soll zum Nachahmen sowie zur Weiterentwicklung erster Konzepte anregen. (Vgl. BBR, 2004: 2)

Auch die deutsche Raumordnung und die Raumentwicklung der Schweiz nutzen das Instrument der Modellvorhaben. In Deutschland steht neben weiteren Modellvorhaben seit einigen Jahren das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung finanzierte Programm MORO im Fokus und in der Schweiz wurde das Instrument im Rahmen der Agglomerationspolitik mit den Modellvorhaben der 1. Generation, wie bereits erwähnt, neu eingeführt. (Vgl. ARE/SECO, 2006: 11)

1. Fallstudie

Bei den folgenden Fallbeispielen handelt es sich um das *MORO Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (MRH) und das Modellvorhaben *Agglomerationsstrategie Kanton Bern*. In Hinblick auf die Fragestellung der Thesis war es wichtig, solche Modellvorhaben miteinander zu vergleichen, die ihren besonderen Schwerpunkt auf die Herausarbeitung von neuen innovativen Kooperationsstrukturen und die Integration aller Teilräume zum Ausgleich vorhandener Disparitäten legen. Hierbei kommt dem Modellvorhaben des Kantons Bern eine Vorreiterrolle zu, da es schon weit fortgeschritten ist und gut dokumentiert wurde. Im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen der Schweiz legt der Kanton Bern seinen Schwerpunkt im Rahmen der Agglomerationspolitik nicht nur auf den Bereich Verkehr und Siedlungsentwicklung, sondern beschäftigt sich auch konkret mit einer *Strategie für die regionale Zusammenarbeit*. Besonders wichtig sind hierbei die Überlegungen zur Schaffung einer Regionalkonferenz (vgl. Modellvorhaben Agglomerationsstrategie Kanton Bern).

Auch das *MORO Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (MRH) hat seinen Fokus auf die Einbindung aller Teilräume gelegt, welches wiederum zum Erfolg des gesamten norddeutschen Raums führen soll, indem bereits bestehende Kooperationen und Zusammenarbeitsstrukturen ausgebaut oder neue geschaffen werden. Hierbei kann auf bereits gewonnene Erfahrungen, z.B. Kooperationen im Rahmen der Metropolregion Hamburg, aufgebaut werden. (Vgl. MRH, 2008)

Beide Modellvorhaben verfügen – in der Schweiz mit der Agglomeration Bern und in Norddeutschland mit der Stadt Hamburg – über Kerne, die national, aber auch auf europäischer Ebene eine bedeutende

Rolle einnehmen. Zusätzlich fiel die Wahl, aufgrund der relativ geringen Fläche der Schweiz und der Vielzahl von Modellvorhaben in kleineren Regionen, mit Bedacht der Vergleichbarkeit auf den Kanton Bern. Von zentraler Bedeutung war außerdem bei beiden Modellvorhaben das Vorhandensein von Teilräumen verschiedener Raumtypen mit beispielsweise unterschiedlichen Bevölkerungsdichten, Wirtschaftsstrukturen oder natürlichen Gegebenheiten (z.B. Nähe zu den Alpen oder zum Meer), da für diese im Rahmen der Bachelor Thesis versucht wird, eine effektive und Erfolg versprechende Zusammenarbeitsstruktur zu finden.

2. *MORO Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (MRH)

Die *Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* wurde Ende 2007 zusammen mit sechs weiteren Antragstellern aus bundesweit rund 60 Bewerbern als Modellregion für das *MORO Überregionale Partnerschaften - Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung* ausgewählt. Die neue Partnerschaft will Möglichkeiten erarbeiten, auf welche Art und Weise sowohl Metropolen, als auch Wachstumsräume außerhalb dieser Metropolen und ebenfalls ländliche Gebiete zusammenarbeiten, sich gemeinsam weiterentwickeln und gemeinschaftlich stärken können. (Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, 2008) Dies soll dazu führen, dass sich die Metropolregion mit allen Teilräumen zu einer nachhaltigen und für den gesamten norddeutschen Raum zukunftsfähigen Großregion herausbildet. (Vgl. HCU, 2008a)

Die Länder Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Metropolregion Hamburg sind Teil der neuen Partnerschaft im Norden. Der entstandene Verflechtungsraum umfasst – wie in Abbildung 3 zu erkennen – neben der Metropolregion Hamburg mit der Freien und Hansestadt Hamburg als Kern auch den Landesteil Schleswig, die K.E.R.N.-Region, die Region Lübeck (somit das gesamte Land Schlesiwg-Holstein) sowie die Teilräume Planungsregion Westmecklenburg und Mittleres Mecklenburg / Rostock. Somit ergibt sich ein großräumiger Kooperationsraum, der sowohl städtische als auch ländliche Bereiche und sowohl wirtschaftlich starke als auch eher strukturschwache Räume vereint. (MRH, 2008; HCU, 2008b)

Zeitlich gesehen ist das Modellvorhaben vom Bund auf zwei Jahre (2008 und 2009) angelegt. Das *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* hat jedoch explizit betont, dass die großräumige Zusammenarbeit über diesen Zeitraum hinaus wirken und hierfür in den zwei Förderjahren der Grundstein gelegt werden soll. (Vgl. HCU, 2008a)

Das MORO-Nord zielt auf eine bessere Integration aller Teilräume ab. Diese Einbindung soll zum Erfolg des Gesamtraumes, zu einer höheren Standortqualität sowie zu einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im norddeutschen Raum füh-

Abb. 3: Räumlicher Zuschnitt der *Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2008)

ren. (Vgl. MRH, 2008) Während die Metropolregion auf eine intensivere Wahrnehmung der Großregion auf europäischer und globaler Stufe blickt, interessieren sich die weiter außerhalb der Metropolregion gelegenen Räume vorwiegend für eine stärker projektbezogene Kooperation zwischen der Metropolregion und ihrem Umland. (Vgl. HCU, 2008b)

Zur Umsetzung des Zusammenschlusses sollen die neuen Strukturen die bestehenden Kooperationsformen und Projekte aufgreifen und entsprechend der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft weiterentwickeln. Die Zusammenarbeit im

Norden soll – insbesondere auch zwischen der Metropolregion als Kern und dem weiteren Umland – weiter vertieft und gefestigt werden. (Vgl. HCU, 2008b; Gatzweiler, 2008: 9)

Zur Verwirklichung der gesetzten Ziele wurden in mehreren Workshops in den Teilräumen der Modellregion Bereiche der Zusammenarbeit herausgearbeitet und anschließend elf *(während der Bearbeitung dieser Thesis wurden bereits weitere Projekte entwickelt, die jedoch nicht mehr in die Ausarbeitung einfließen konnten)* Projekte vorgestellt. (Vgl. HCU, 2008c) Die Projekte des Modellvorhabens bewegen sich im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Sie beinhalten u.a. den Aufbau eines Norddeutschen Hochschulverbandes, die Entwicklung der Norddeutschen Kulturlandschaft sowie einer überregionalen Logistikplattform, eine Zusammenarbeit im Bereich Life Science und eine Stärkung der Maritimen Wirtschaft in Norddeutschland. (HCU, 2008d)

Des Weiteren gehen drei Projekte auf den ländlichen Raum ein: Das Projekt *Aus der Region für die Region* will sich – unter der Federführung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg – für eine neue Vermarktungsstrategie regionaler Produkte einsetzen. (HCU, 2008e) Das Projekt *Heranrücken – Anbindung an den ländlichen Raum* beschäftigt sich dagegen mit der Beseitigung infrastruktureller Mängel. Gemeinsam soll die verkehrliche Anbindung der ländlichen Räume an die Zentren durch eine Strategie zur verbesserten Erreichbarkeit bearbeitet werden. Den Vorsitz hat der Regionale Planungsverband Westmecklenburg inne. (HCU, 2008f) Im dritten Projekt *Position beziehen - Ländliche Räume in der Überregionalen Partnerschaft* wird der Frage nach der Rolle ländlicher Räume in der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft nachgegangen. Die Federführung für dieses Projekt teilen sich die Regierungsvertretung Lüneburg und das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. (Gatzweiler, 2008: 9; HCU, 2008g)

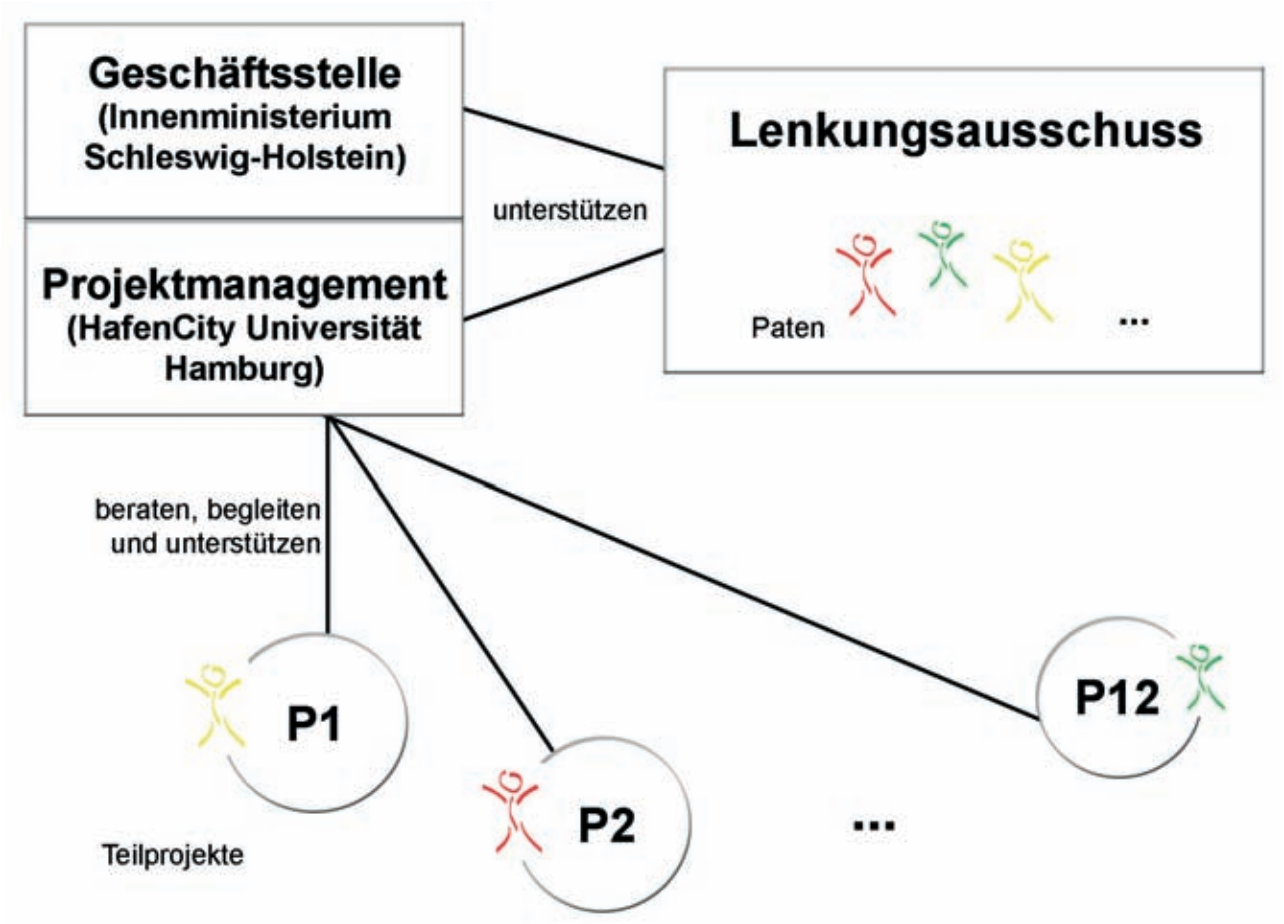
Die Organisation des *MORO Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* wird – wie in Abbildung 4 zu sehen – von einem Lenkungsausschuss, einer Geschäftsstelle sowie einem Projektmanagement durchgeführt. Der Vorsitz liegt beim Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Landesplanung. (Vgl. MRH, 2008; Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2008; Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, 2008; MV, 2008) Der Lenkungsausschuss, der sich aus Vertretern aller relevanten Mitglieder der Partnerschaftsvereinbarung zusammensetzt, stellt das Zentrum der Kooperation dar. Er erhält Unterstützung durch die Geschäftsstelle, vertreten durch das Innenministerium Schleswig-Holstein sowie das Projektmanagement, welches von der HafenCity Universität Hamburg durchgeführt wird. (Vgl. HCU, 2008c)

Auch die Projekte, für deren Realisierung die jeweiligen Projektleitungen verantwortlich sind, werden von der Geschäftstelle und dem Projektmanagement begleitet und beraten. Ferner erhalten die einzel-

Projekte Unterstützung durch einen Paten des Lenkungsausschusses, der die Transparenz und den Austausch zwischen Projekt und Ausschuss gewährleisten soll. (Vgl. HCU, 2008c)

Da sich das Modellvorhaben erst in der Anfangsphase befindet, können bisher noch keine Ergebnisse aufgezeigt werden. Es ergeben sich jedoch Fragen zur Koordination der Projekte einerseits und der Akteure andererseits. Erfolgt eine Abstimmung lediglich im Lenkungsausschuss? Wie wird gewährleistet, dass auch alle Teilräume entsprechend vertreten sind? Welche Akteure werden beteiligt? Zudem stellt sich die Frage, wie die einzelnen Projekte dieses MORO-Projektes mit anderen bestehenden Projekten abgestimmt werden (z.B. mit anderen Förderprogrammen und Maßnahmen im Themenkomplex ländlicher Raum). Wäre die Einrichtung einer Regionalkonferenz – wie im Kanton Bern realisiert – vielleicht ein weiterer Schritt zu einer verbesserten Zusammenarbeit in der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft? Auch die Eingliederung erfolgreicher Projekte in die jeweiligen Landesplanungen bleibt bislang ungeklärt.

Abb. 4: Organisationsstruktur der *Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* (eigene Darstellung)



3. Modellvorhaben: Agglomerationsstrategie Kanton Bern

Im Dezember 2001 wurde, wie bereits beschrieben, mit dem Bericht *Agglomerationspolitik des Bundes* ein neuer Weg zur Siedlungs- und Verkehrsplanung eingeschlagen. Der Kanton Bern, der die Agglomerationen Bern, Thun, Interlaken, Burgdorf, Biel, Lyss und Langenthal umfasst, hat auf Grundlage dessen noch im selben Jahr das Projekt *Agglomerationsstrategie Kanton Bern* lanciert. Ziel des Projektes ist es, auf die besonderen Bedürfnisse von Städten und Agglomerationen einzugehen und deren spezifischen Lebens- und Wirtschaftsraum wahrzunehmen. Des Weiteren wird versucht, geeignete Kooperationsformen und Maßnahmen zu ergreifen, um Entwicklungspotenziale und Stärken des Kantons Bern zu fördern und weiterzuentwickeln. (Vgl. JGK, 2008a)

Die Thesis stellt das Modellvorhaben *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* vor, welches die Schaffung einer Regionalkonferenz vorsieht. (Vgl. ARE, 2006: 27)

„Zur Stärkung seiner Wirtschaftskraft leistet der Kanton Bern einen Beitrag zur Lösung der drängenden Probleme in Agglomerationen. Er schafft die Vorraussetzungen für eine effiziente Zusammenarbeit der Gemeinden und verbessert die Abstimmung von Verkehrs- und Siedlungsplanung. Bei diesen Reformen sind nebst den Anliegen der Agglomerationen auch die Bedürfnisse des ländlichen Raums und der gesamtkantonalen Abstimmung zu berücksichtigen." (Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 62)

Dieser Leitsatz 1 aus dem Ratsbeschluss 1552 vom 11. Mai 2005 im Bericht *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* legt den Grundstein für die Anstrengungen des Kantons Bern, die regionale Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern.

Zurzeit bestehen im Kanton keine geeigneten Planungsinstrumente und Zusammenarbeitsstrukturen, die die Verbesserung der Siedlungs- und Verkehrsstruktur gewährleisten können. Der Große Rat *(der Grosse Rat ist die gesetzgebende Behörde (Legislative) des Kantons Bern)* fordert sowohl eine Agglomerationsstrategie als auch die Beachtung der Bedürfnisse des ländlichen Raums. Daher wurde die Agglomerationsstrategie zu einer *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* weiterentwickelt. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 5 f.)

Bestrebung des Kantons Bern ist es, mit neuen regionalen Kooperationsstrukturen die Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der regionalen Ebene zu vereinfachen. Hierfür sollen insbesondere Prozesse und Instrumente vereinfacht werden. Trotzdem soll die demokratische Mitwirkung nicht beeinträchtigt werden und es soll keine zusätzliche vierte Staatsebene geschaffen werden. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 62)

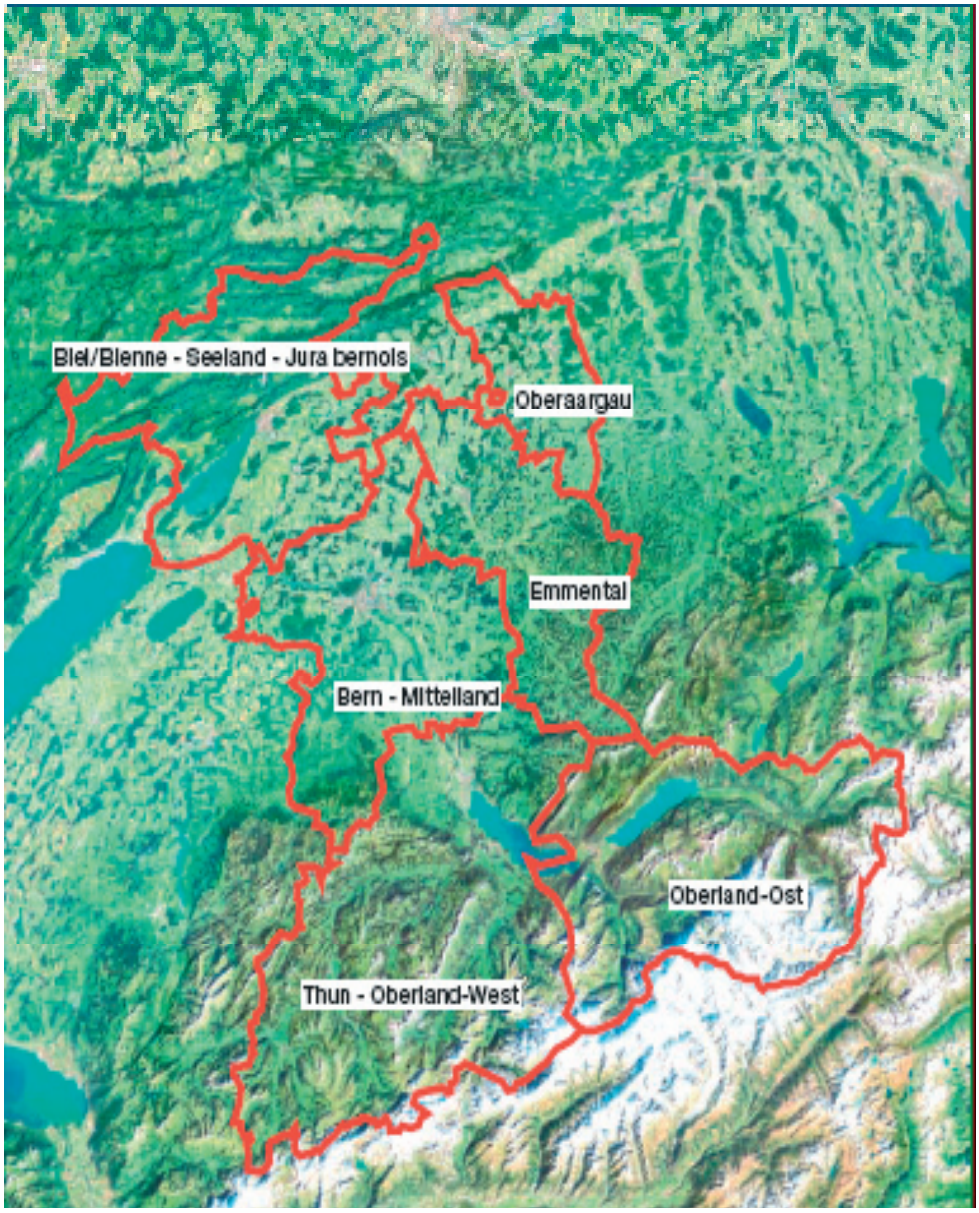


Abb. 5: Die sechs vorgesehenen Modelle der Regionalkonferenzen im Kanton Bern (JGK, 2006)

Mit der Einführung eines *Modells der Regionalkonferenz* soll es gelingen, die Zusammenarbeit der Gemeinden zu verbessern. Zudem ist es – ebenso wie in Deutschland mit dem Leitbild *Wachstum und Innovation* – erklärtes Ziel, vor allem die Agglomerationen als Wirtschaftsmotoren zu fördern, ohne jedoch den ländlichen Raum zu vernachlässigen.

Das *Modell der Regionalkonferenz* soll für alle Regionen im Kanton umsetzbar sein, es ist jedoch freiwillig und bedarf einer Urabstimmung zur Einführung. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 6) Im Kanton Bern sollen insgesamt sechs Regionalkonferenzen eingeführt werden. (Vgl. JGK, 2008) Die Abbildung 5 zeigt die künftigen Räume der Konferenzen.

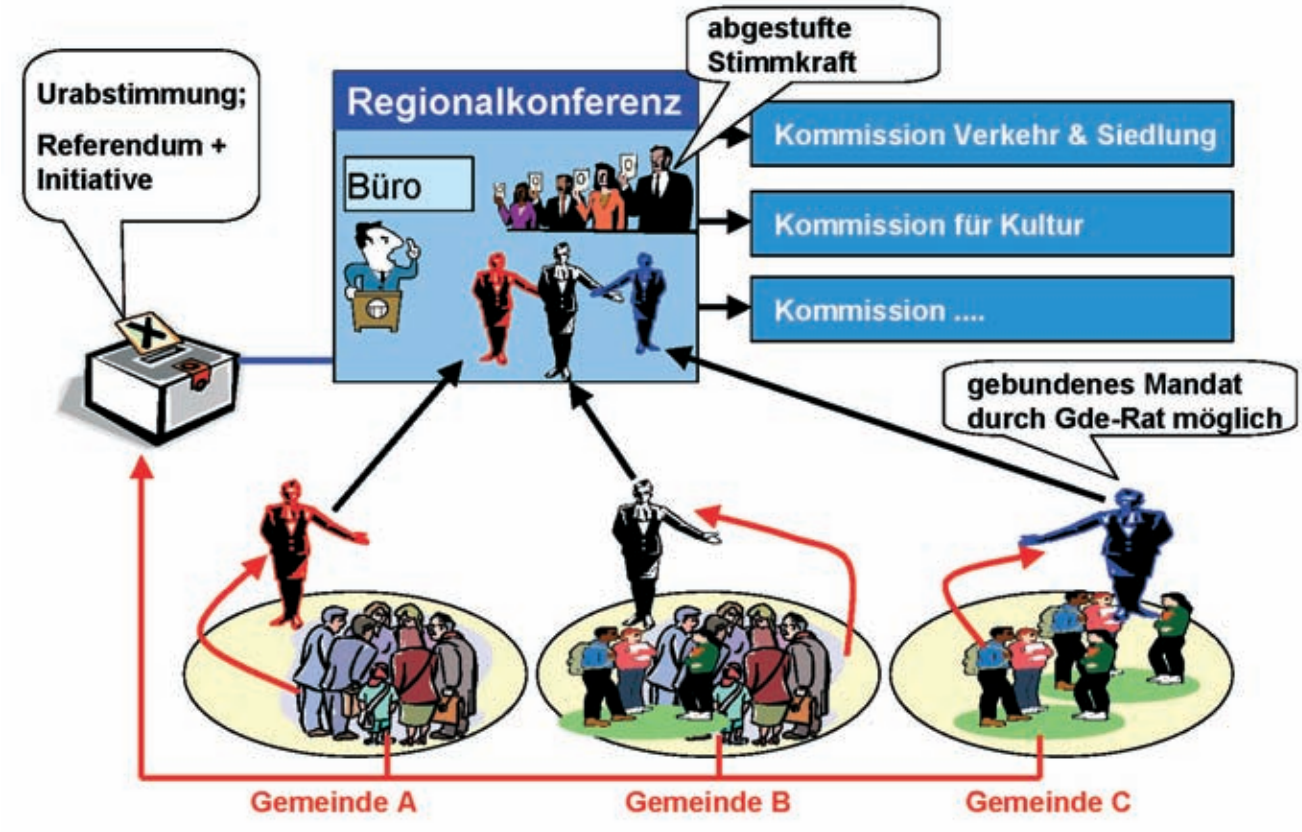
Die Zuständigkeiten der Regionalkonferenz konzentrieren sich zunächst – aufgrund der Brisanz des Themas – auf den Bereich Verkehr und Siedlung. So beschließt sie beispielsweise das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept.

Je nach Entscheidung der einzelnen Regi-

onen können aber zusätzlich freiwillig weitere Themenfelder behandelt werden. Auch wenn es wünschenswert ist, dass im gesamten Kanton das Modell der Regionalkonferenzen eingeführt wird, soll doch die Initiative für deren Bildung von den Regionen selbst ausgehen. Es besteht somit kein Zwang zur Einführung und auch der Zeitpunkt kann bei positivem Ausgang der Urabstimmung von der Region selbst bestimmt werden. Die Urabstimmung ist so konzipiert, dass eine Minderheit von Gemeinden, die das Modell der Regionalkonferenz ablehnt, überstimmt werden kann, sodass die Einführung nicht blockiert werden kann. Damit soll gewährleistet werden, dass die Regionalkonferenz übertragene Aufgaben des Kantons übernehmen kann und sowohl räumlich als auch zeitlich stabile Zusammenarbeitsstrukturen entstehen. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 21 ff.)

Die wichtigsten Organe des Modells bilden dabei die Regionalkonferenz mit ihrer Geschäftsstelle, Geschäftsleitung und einem Präsidenten, die Kommissionen sowie der Gemeinderat. Die *Regionalkonferenz* dient als Entscheidungsplattform und tagt ca. zwei- bis viermal im Jahr, um über strategische Fragen zu entscheiden, z.B. über Regionale Richtpläne, Regionale Überbauungsordnungen, Konzepte im Bereich Verkehr und Siedlung. Sie wählt die Geschäftsstelle, welche zusammen mit der Geschäftsleitung (GL) – Präsident, Vizepräsident und wenige weitere Mitarbeiter der Regionalkonferenz – Aufgaben vorbereitet.

Abb. 6: Modell Regionalkonferenz (Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 6)



Weitere Eckpfeiler des Modells bilden die *Kommissionen*. Diese stellen ein Begleitgremium zu bestimmten Tätigkeitsfeldern (Raumplanung, Verkehr, Kultur) dar und setzen sich aus Vertretern der beteiligten Gemeinden zusammen. Die Kommission versucht, die Koordination zwischen den beteiligten Akteuren (Kommissionen, Kanton, Gemeinden, Dritte) zu fördern (vgl. Abb. 6).

Die Gemeinden werden durch einen Gemeindepräsidenten vertreten. Des Weiteren haben sie die Möglichkeit, mit Hilfe eines Behördenreferendums oder der Behördeninitiative an wichtigen regionalen Entscheiden mitzuwirken. Für die Beschlussfassung gilt die einfache Mehrheit der Regionalkonferenz, wobei die jeweilige Stimmkraft der Gemeinde nach ihrer Einwohnerzahl gewichtet wird. Damit wird gewährleistet, dass bei Entscheidungen eine breite Basis berücksichtigt wird. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 25 ff.)

Von zentraler Bedeutung bei der Umsetzung der Regionalkonferenzen ist die Verbindlichkeit. Darum ist es unverzichtbar, eine Verfassungs- und Gesetzesgrundlage durch den Kanton zu schaffen. Somit traten am 1. Januar 2008 sowohl die Verordnung über die Regionalkonferenzen (RKV) als auch die Verordnung über das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenz (RKGV) in Kraft, welche sich beide auf das Gemeindegesetz stützen. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2008)

Im Zeitraum vom 13. Februar bis zum 11. April 2008 fand in der Region Bern-Mittelland die erste Vernehmlassung zum Geschäftsreglement der Regionalkonferenz statt. Hierfür wurde ein Fragebogen verteilt, der Fragen zum Geschäftsreglement beinhaltet. Insgesamt haben 87 der 101 Gemeinden eine Stellungnahme abgegeben. Die Auswertung der Fragebögen zeigt, dass der Entwurf des Geschäftsreglements bei den Gemeinden der Region Bern-Mittelland positiven Anklang findet. Die Region Bern-Mittelland befindet sich folglich auf einem positiven Weg zur Umsetzung des *Modells der Regionalkonferenz*. (Vgl. Bernplus, 2008)

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Einführung des Modells der Regionalkonferenz verschiedene Vorteile mit sich bringt. Zum einen werden die zum Teil kleinen und schwerfälligen Strukturen überwunden. Somit können Fragen von regionaler Bedeutung einfacher und schneller beantwortet und vor allem verbindliche Beschlüsse getroffen werden. Die Rolle der Gemeinden und der Bevölkerung wird gestärkt, da diese bei der demokratischen Mitbestimmung mehr Rechte erlangen. Trotzdem wird keine vierte Staatsebene geschaffen, denn die Regionalkonferenz verfügt über keine Regierungsverwaltung und hat keine Steuerhoheit. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 7) Des Weiteren kommt es zu einer Vernetzung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Politikfelder auf einer gemeinsamen regionalen Plattform. Es gibt allerdings auch einige Kritikpunkte bezüglich des Modells der Regionalkonferenzen. So ist es fragwürdig, ob durch die verbindlichen Ent-

scheidungen, die überkommunal getroffen werden, nicht die Autonomie der Gemeinden eingeschränkt wird. Zusätzlich sind die Einflussmöglichkeiten der kommunalen Legislativen beschränkt, da auf ein Regionalparlament, welches dieses gewährleisten könnte, verzichtet wird. (Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, 2005: 18 f.)

Werden jedoch die Regionalkonferenzen nicht eingeführt, so sind weiterhin langwierige Einzelentscheidungen von Gemeinden nötig und eine regionale Entwicklungsstrategie für den Großraum Bern würde fehlen. (Vgl. Bernplus – Stadt und Land gemeinsam, 2008: 4)

4. Vergleich des *MORO-Nord* mit der *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* im Kanton Bern

Beim Vergleich der vorgestellten Modellvorhaben lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede struktureller, organisatorischer als auch inhaltlicher Art festhalten.

Besonders auffällig ist der Stellenwert von Modellvorhaben in der Schweiz. Hier scheint die Auseinandersetzung mit Modellvorhaben sehr viel intensiver zu geschehen als in Deutschland. Denn obwohl es schon mehrere Generationen von Modellvorhaben in Deutschland gibt, sind Organisations- und Kommunikationsstrukturen nicht so stark ausgeprägt zu beobachten und nachzuvollziehen, wie dies in der Schweiz möglich ist. Des Weiteren ist der Prozess – auch für Außenstehende und Interessierte – sehr viel transparenter gestaltet. Dies ist auf die gute Dokumentation und eine breite Beteilung – auch kleinerer Gemeinden – zurückzuführen.

Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass weder durch die *Überregionalen Partnerschaften* in Deutschland noch durch das *Modell der Regionalkonferenz* eine vierte Staatsebene geschaffen wird oder geschaffen werden soll.

Das Modellvorhaben des Kantons Bern ist, wie zuvor beschrieben, im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes entstanden. Auch in Deutschland ist der Anstoß für das *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* im Rahmen des Leitbildprozesses vom Bund ausgegangen. Jedoch versucht man hier mit Hilfe von gezielten Projekten Partnerschaften zu testen, um in den zwei Jahren der Förderperiode handlungsfähig zu sein und um konkrete Maßnahmen umsetzen zu können. Dadurch, dass das *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* noch sehr jung ist, sind viele Organisationsstrukturen noch nicht vollständig geklärt. Erschwerend kann hierbei die Vielzahl von Akteuren beim deutschen Modellvorhaben wirken. Denn anders als in der Schweiz beziehen die Projekte auch lokale Akteure aus der Wirtschaft, aus Verbänden und lokalen Vereinen mit ein, welches den bereits zuvor genannten Wandel des Staates hin zum verhandelnden und kooperativen Staat – somit die Entwicklung von Government zu Governance – verdeutlicht. Dies kann beim Vorgehen im Kanton Bern als

negativ betrachtet werden. Fachwissen zu spezifischen Themen- und Handlungsfeldern der Raumentwicklung fließt aber in der Schweiz mit Hilfe von Kommissionen in die Regionalkonferenzen ein. Dadurch werden des Weiteren verschiedene Politikfelder mit einander vernetzt.

Anders als beim *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* wurden beim Modellvorhaben des Kantons Bern mit dem Instrument der Regionalkonferenz zunächst die Zusammenarbeitsstrukturen erarbeitet. Begründet ist dies dadurch, dass im Zuge der Agglomerationspolitik des Bundes u.a. das Finden von Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten im Vordergrund stand. Anschließend werden die Inhalte, die die Konferenzen bearbeiten sollen in den Bereichen Siedlung und Verkehr in den sechs Regionen Kantons festgelegt. Bei dem norddeutschen Beispiel hingegen, stehen die Inhalte und Themen der Zusammenarbeit durch die gewählten Projekte bereits fest. Hier muss anschließend noch die Suche einer geeigneten Zusammenarbeitsform stattfinden. Zurzeit befinden sich die Projekte vom *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* noch in der Anlaufphase und konkrete Strukturen müssen erst noch festgelegt werden. Hierbei wird die Schwierigkeit sein, in einem Zeitraum von zwei Jahren geeignete Organisations- und Zusammenarbeitsstrukturen zu finden, besonders da es bisher keinerlei Verbindlichkeiten – ganz im Gegensatz zum Modellvorhaben des Kantons Bern – gibt.

Ungewiss ist, wie vor allem kleinere Gemeinden beim *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* berücksichtigt und beteiligt werden. Hier gibt es im Kanton Bern durch das Modell der Regionalkonferenz bereits konkrete Vorgehensweisen, wie beispielsweise die Beteiligung von Gemeinden in Form von Befragungen und die durchzuführende Urabstimmung zur Einführung der Regionalkonferenz in den Regionen des Kantons. Demokratisch legitimiert wird das Modell der Regionalkonferenzen durch eine Urabstimmung in den einzelnen Regionen des Kantons.

Inhaltlich betrachtet, befassen sich beide Modellvorhaben mit Teilräumen der unterschiedlichen Raumtypen und versuchen mit diesen Räumen zusammen zu arbeiten. In Deutschland geschieht dies durch unterschiedliche Projekte, an denen sich die jeweiligen Räume beteiligen können. Im Kanton Bern wird hingegen versucht, flächendeckend alle Teilräume einzubeziehen und hierfür möglichst im gesamten Kanton das Modell der Regionalkonferenzen einzusetzen. Dennoch können die einzelnen Regionen das Modell der Regionalkonferenz an die jeweiligen spezifischen Gegebenheiten anpassen – einerseits durch die Ergänzung der Themenbereiche, mit denen sich die Konferenz beschäftigt und andererseits durch Variation in der Zusammenarbeitsstruktur.

Scheinen beim *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* eher Clusterstrukturen für Innovation und Wissen (vgl. Leitbild *Wachstum und Innovation*) sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Fokus der Projekte zu stehen, wird vor allem durch die *Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit* die

Ausrichtung des Kantons deutlich. Im Kanton Bern steht das Finden von festen und dauerhaften Zusammenarbeitsstrukturen im Vordergrund, die kommunale Anliegen und Interessen aller Teilräume berücksichtigen sollen. Die Suche nach zukunftsfähigen *Überregionalen Partnerschaften*, die dringend erforderlich wäre, ist zu diesem Zeitpunkt – wie bereits erwähnt – beim *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* noch nicht zu beobachten.

Sowohl im Kanton Bern als auch beim *MORO Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* sind die Zukunft und der Erfolg der Vorgehensweisen noch offen. Jedoch gibt es im Kanton Bern besonders durch die RKV und RKGV bereits Dokumente, die eine Verbindlichkeit ausstrahlen und den Prozess demokratisch legitimieren. Das bisherige Vorgehen bietet eine gute Grundlage für eine zukunftsfähige Kooperationsform.

Beim deutschen Beispiel kann es solche verbindlichen Regelungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht geben. Es besteht allerdings die Frage, wie gerade im Zuge der Projektorientiertheit Strukturen gefunden werden können, die über die Förderperiode hinweg Erfolg versprechend und effizient sind und welcher Grad der Verbindlichkeit notwendig sein wird. Wichtig ist auch, dass ein Austausch der unterschiedlichen Projekte regelmäßig gewährleistet wird, damit Doppelungen oder gegenläufige Entwicklungen vermieden werden.

Im Kanton Bern finden zurzeit noch die Urabstimmungen zum Modell der Regionalkonferenz statt. Es ist also noch offen, wie viele Regionen diese Vorgehensweise tatsächlich annehmen.

III. Die erweiterte Partnerschaftsstruktur

1. Hintergrund

Häufig wird in unverbindlichen Kooperationsstrukturen die Chance gesehen, eingefahrene Prozesse und liegen gebliebene Projekte wieder aufzunehmen und mit neuem Leben zu füllen. Auch können lose Verbindungen vielfach flexibler auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren und Akteure sind durch unverbindliche Teilnahme oft leichter zu motivieren.

Die *Überregionale Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg* ist jedoch eine flächenmäßig sehr große Kooperation mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren. Dadurch, dass die Dichte und die sozialen Bindungen mit wachsender Entfernung geringer werden, erscheint die Gestaltung der Zusammenarbeit sowie die Abstimmung und Berücksichtigung aller Beteiligten eher schwierig. Besonders in Strukturen mit sehr losen Verbindlichkeiten kann es demnach schnell zu Ungleichheiten oder 'einschlafenden' Projekten und Prozessen kommen. Insbesondere der Versuch, Disparitäten zwischen den Teilräumen auszugleichen, wäre schwer umsetzbar. Zu den größten Problemen bei angestrebten Kooperationen – insbesondere bei großräumiger Zusammenarbeit – zählen die im Rahmen der vorliegenden Thesis befragten Experten des Weiteren ein starkes Eigeninteresse, fehlendes Vertrauen, Angst vor Autonomieverlust sowie ein nicht unmittelbar sichtbarer Handlungsdruck.

Um die *Großräumige Verantwortungsgemeinschaft* in Norddeutschland jedoch auch nach der Förderperiode im Rahmen des *MORO Überregionale Partnerschaften* erfolgreich fortsetzen zu können, sind demgemäß einige Änderungen bzw. Erweiterungen in der Organisationsform notwendig. Der vorliegenden Ausarbeitung zufolge, kann für eine verbesserte Weiterentwicklung des Konzepts auf Ansätze der in der Schweiz durchgeführten Agglomerationspolitik zurückgegriffen werden. Insbesondere das *Modell der Regionalkonferenz* im Kanton Bern bietet sich – auf den norddeutschen Kooperationsraum und seine Themen zugeschnitten – als eine mögliche Organisationsform der großräumigen Partnerschaft in Norddeutschland an.

Da das *MORO-Nord* sehr projektorientiert arbeitet, muss auch die neue oder veränderte Organisationsstruktur die Projekte als einen Schwerpunkt mit aufnehmen. Mit ihrer thematischen Ausrichtung und Tiefe bilden sie das Herzstück der Kooperation, denn in ihnen werden Herausforderungen angegangen, neue Lösungsansätze diskutiert, getestet, weiterentwickelt sowie Akteure unterschiedlicher Bereiche zusammengeführt und entsprechend ihrer Fähigkeiten beteiligt. Zudem erhalten die Projekte eine gewisse Flexibilität für die Zusammenarbeit. Denn wenn ein Thema sich als uneffizient herausstellt oder die Bedeutung für ein Thema nachlässt, kann das Projekt zum Abschluss kommen und

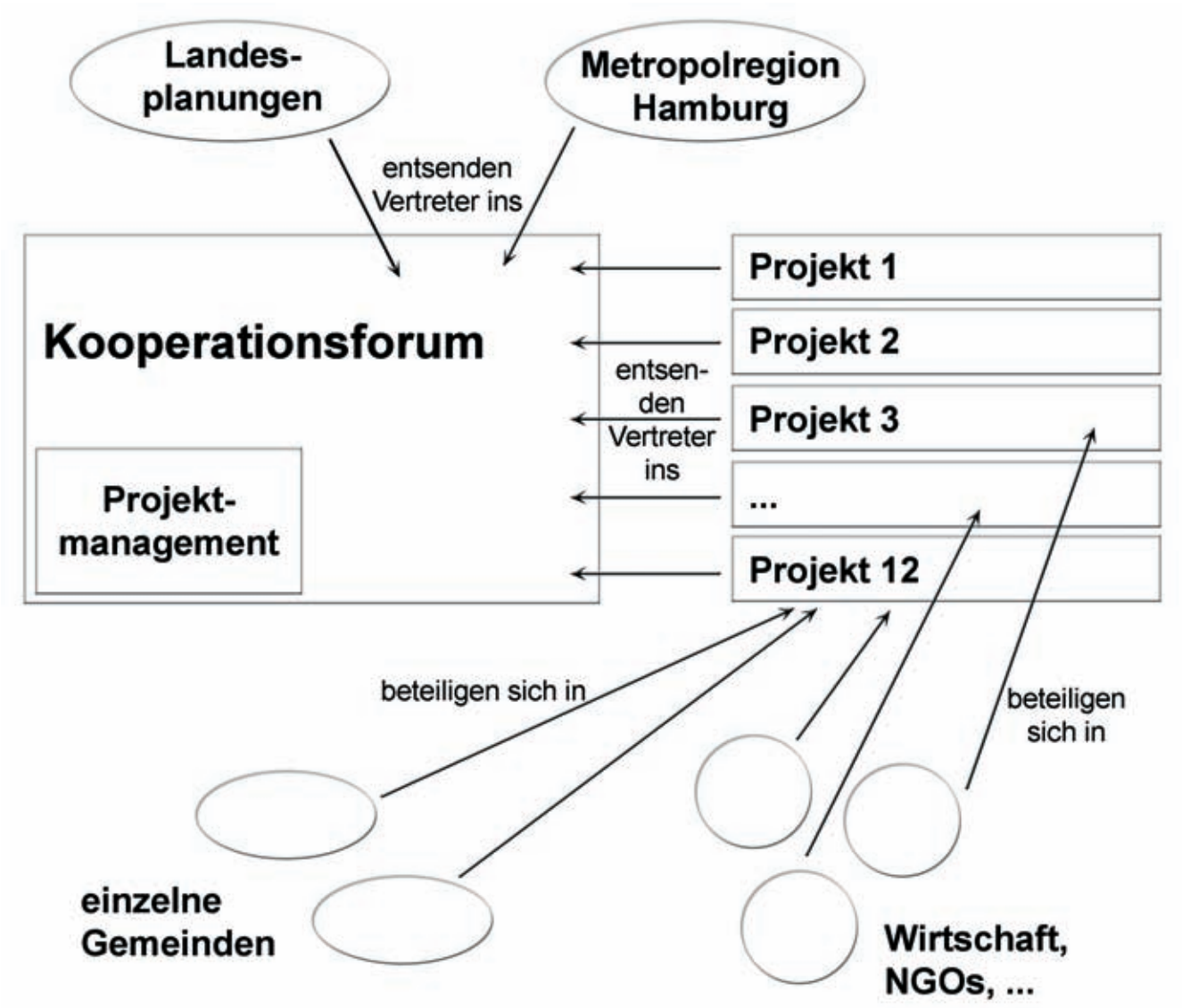
ein anderes dafür neu starten. Ebenso ist auch eine Erweiterung der bestehenden Projekte – wie es im Verlauf des *MORO-Nord* bereits schon erfolgt ist – bei Bedarf möglich.

Des Weiteren bieten die Projekte durch die Beteiligung unterschiedlicher Teilräume der Partnerschaft die Möglichkeit, Potentiale und Chancen der einzelnen Teilräume ausmachen und entsprechend in die großräumige Partnerschaft integrieren zu können. Dies könnte ein Ansatz sein, um vorhandene Disparitäten besser zu erkennen, bewusst zu benennen und nachfolgend auch besser ausgleichen zu können.

2. Konzept

Für die über die Förderperiode des *MORO Überregionale Partnerschaften* hinaus wirkende Kooperation im norddeutschen Raum wird, hervorgehend aus den zuvor

Abb. 7: Modell des *Kooperationsforums Großräumige Verantwortungsgemeinschaft Norddeutschland* (eigene Darstellung)



erarbeiteten Grundlagen sowie der Fallstudie und dem Vergleich der Modellvorhaben, im Rahmen der Thesis die Einrichtung eines Kooperationsforums empfohlen. Angelehnt an das im Kanton Bern entstandene *Modell der Regionalkonferenz* wird folgendes Modell als Basis zur Weiterentwicklung vorgeschlagen:

2.1 Das Kooperationsforum

- Das Kooperationsforum gilt als Kommunikations-, Vernetzungs- und Austauschplattform für die beteiligten Räume und Akteure der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft.
- Der Begriff Forum verkörpert – ebenso wie eine Konferenz oder ein Rat – nicht ohne Weiteres eine verbindliche Institution, jedoch kann dies durch entsprechende Verordnungen realisiert werden. Darüber hinaus verdeutlicht der Begriff des Kooperationsforums eindrücklich die demokratische Legitimierung der Partnerschaft.
- Alle Akteure und Teilräume sollen sich für die Partnerschaft einsetzen. Das bedeutet, dass die Verantwortungsgemeinschaft den Anspruch haben muss, einen aktiven Austausch zu betreiben, sodass nicht ein Projekt neben dem anderen agiert, sondern vielmehr ein abgestimmtes Gesamtkonzept aus einzelnen Teilstücken entsteht. Hierzu ist es notwendig, dass die Projekte in die Entscheidungen und Diskussionen rund um die Überregionale Partnerschaft eingebunden werden. Dies soll im Rahmen des Kooperationsforums erfolgen.

2.2 Die Organisationsform

- Dem Kooperationsforum gehören an ein Projektmanagement (3-5 Personen), je ein Vertreter der vier beteiligten Landesregierungen, zwei Vertreter der Metropolregion Hamburg sowie je ein Vertreter der einzelnen Projekte, um einen Austausch zwischen den Projekten gewährleisten und Doppelungen vermeiden zu können.
- Das Kooperationsforum tagt einmal im Vierteljahr. Es fördert den Austausch der Projekte, diskutiert und entscheidet über weitere Vorgehensweisen sowie über die Verteilung der Gelder in die einzelnen Projekte. Des Weiteren versucht das Kooperationsforum bei auftretenden Problemen, die das Projektmanagement nicht alleine lösen kann, Hilfestellung und ggf. Lösungsvorschläge zu geben.
- Die Mitglieder des Kooperationsforums wählen aus ihren Reihen eine Person zum Vorsitzenden. Die verbindlichen Entscheidungen obliegen jedoch nur dem gesamten Kooperationsforum, nicht dem Vorsitzenden allein.
- Das Kooperationsforum gibt sich eine Geschäftsordnung, in der u.a. die Wahl des Vertreters, eventuelle bzw. gewünschte Wechsel der Vertreter aus den Landesplanungen sowie den Projekten geregelt und die Aufgaben des Kooperationsforums verbindlich festgehalten werden.
- Das Kooperationsforum ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Dies soll im Hinblick auf einen Disparitätenausgleich garantieren, dass Entscheidungen von möglichst allen Teilräumen der großräumigen Verantwor-

tungsgemeinschaften getroffen und verantwortet werden können.

- Bei Abstimmungen greift das Prinzip der einfachen Mehrheit. Denkbare Nachteile wie z.B. eine Mehrheit der Projektvertreter gegenüber den Vertretern aus der Metropolregion, den Landesvertretungen sowie dem Projektmanagement sind beherrschbar, weil einerseits davon auszugehen ist, dass die Projekte bei den einzelnen Abstimmung nicht zwangsläufig einer Meinung sind, da in den Projekten verschiedene Partner – auch auf die Teilräume der Partnerschaft bezogen – unterschiedlich stark vertreten sind. Andererseits sind auch Regierungsvertreter in die Projekte integriert, sodass bereits frühzeitig mögliche Bedenken besprochen und neue Lösungen gefunden werden können.

2.3 Der Vorsitzende

- Der Vorsitzende des Kooperationsforums übernimmt die Moderation und Leitung der Sitzungen und bereitet, in Zusammenarbeit mit dem Projektmanagement, die Sitzungen vor.

2.4 Das Projektmanagement

- Das Projektmanagement wird von dem Kooperationsforum eingesetzt. Es wird empfohlen, externe, aber fachlich ausgebildete Personen (z.B. aus Hochschulen im norddeutschen Raum – ggf. auch als Kooperation im Sinne der Hochschulvernetzung) auszuwählen. Zu den Aufgaben des Projektmanagements zählen die Koordination der einzelnen Projekte, die Durchführung des Kooperationsforums und weiterer Veranstaltungen im Rahmen der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft, die Kommunikation innerhalb der Partnerschaft wie auch nach außen sowie das Monitoring und die Evaluation der gesamten Kooperation.
- Das Projektmanagement hat des Weiteren – in Absprache mit dem Kooperationsforum – darauf zu achten, dass auch inhaltlich ein Disparitätenausgleich durch entsprechend ausgestaltete Projekte gefördert wird.

2.5 Die Umsetzung

- Es soll auf eine stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene, speziell der einzelnen Gemeinden geachtet werden. Eine Möglichkeit der besseren Einbindung bieten thematische Workshops oder Tagungen, zu denen Vertreter aller beteiligten Gemeinden und Organisationen eingeladen werden. Insbesondere zur Ideenfindung können derartige Veranstaltungen eingesetzt werden. Auch wäre es möglich, bei strittigen Fragen oder in dem Kooperationsforum nicht zu klärenden Aspekten eine großflächige Befragung der einzelnen Gemeinden durchzuführen, um eine breite Akzeptanz zu erreichen bzw. eine demokratische Lösung zu finden. Dieses Vorgehen ist zwar sehr aufwendig, hat sich aber auch im Kanton Bern bereits bewährt.
- Fachexperten aus dem norddeutschen Raum sowie aus anderen deutschen Regionen oder aus dem Ausland können zu ausgewählten Themenstellungen als Gäste an dem Kooperationsforum teilnehmen.

2.6 Die Projekte

- In den Projekten ist darauf zu achten, dass alle für das behandelte Thema relevanten Teilräume, Akteure, Organisationen einbezogen werden. Ist dies nicht der Fall, ist es Aufgabe des Projektmanagements, die fehlenden Akteure gezielt anzusprechen. Hiermit soll das Zusammenwirken unterschiedlicher Stakeholder gewährleistet und die Basis für einen verbesserten Disparitätenausgleich geschaffen werden.

2.7 Die Kommunikation und Koordination

- Die einzelnen Projekte erarbeiten einmal im Jahr einen Bericht über die Tätigkeiten, Ergebnisse und Hemmnisse der Vorgehensweise und der durchgeführten Arbeitsschritte im Projekt. Diese Dokumentation wird den Vertretern und dem Vorsitzenden des Kooperationsforums sowie dem Projektmanagement vorgelegt.
- In einem vierteljährlich erscheinenden, durch das Projektmanagement erstellten, Newsletter werden alle Beteiligten der *Überregionalen Partnerschaft* laufend über aktuelle Entwicklungen informiert.
- Das Projektmanagement erstellt zudem eine Internetplattform für das Kooperationsforum, auf der u.a. Termine, allgemeine und aktuelle Informationen sowie der Newsletter für jeden zum Download zur Verfügung stehen.

Durch die zwei Förderjahre im Rahmen des MORO konnte in freiwilliger Zusammenarbeit gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und damit eine Grundvoraussetzung für jeden weitergehenden Schritt geschaffen werden. Ab 2010 kann hierauf aufbauend eine verstärkte Zusammenarbeit in der verbindlicheren Form eines Kooperationsforums erfolgen. Dieses schafft es, trotz eines partnerschaftlichen Ansatzes, einen sanften Druck durch gewisse geregelte Vorgehensweisen und verbindliche Termine auszuüben.

3. Gesamtfazit

Durch die Fortführung des *MORO Überregionale Partnerschaft Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* als *Kooperationsforum Großräumige Verantwortungsgemeinschaft Norddeutschland* würde die Flexibilität durch die Projekte bestehen bleiben und gleichzeitig eine Zusammenarbeitsstruktur geschaffen, die Sicherheit gewährleistet, in dem sie einen verbindlichen Rahmen für alle Beteiligten absteckt. Allgemein lässt sich sagen – dies hat auch das vergleichende Fallbeispiel gezeigt –, dass eindeutige Strukturen und Formen sehr wichtig sind, weil insbesondere bei großräumigen Partnerschaften sonst schnell Teilräume ‚verloren gehen' können bzw. ein Disparitätenausgleich nur schwer verfolgt werden kann.

Je nach angestrebter Partnerschaft und thematischen Schwerpunkten, können bzw. müssen die Kooperationsstruktur sowie die -form unterschiedlich aussehen. Das bedeutet, dass eine gut funktionierende Zusammenarbeitsform nicht einfach übertragen werden kann, sondern gezielt auf den jeweiligen Raum zuge-

schnitten werden muss. Dies ist auch in dieser Arbeit erfolgt, da das stark auf Projekte orientierte *MORO-Nord* andere Voraussetzungen bot, als die Gegebenheiten im Kanton Bern.

Im Rahmen der Einführung neuer Zusammenarbeitsstrukturen sollten Partnerschaften des Weiteren ein wenig experimentierfreudig und Ideen gegenüber offen sein. Als Beispiel lassen sich hier Kooperationen mit ausländischen Partnern nennen. Denn vielfältige Verflechtungen werden im Zuge der Globalisierung auch für großräumige Kooperation immer wichtiger werden.

Zusammenfassend lässt sich die eingangs aufgeführte These *„langfristig müssen sich Akteure aller Teilräume in den Partnerschaftsstrukturen wieder finden können, um eine dauerhafte Kooperation zwischen allen Teilräumen aufbauen zu können*" bestätigen. Der Lösungsansatz der Arbeit – mit dem *Kooperationsforum Großräumige Verantwortungsgemeinschaft Norddeutschland* für das Fallbeispiel *Norddeutschland/ Metropolregion Hamburg* – zeigt auf, wie die *Überregionale Partnerschaft* in Norddeutschland im Vergleich mit dem MORO weiterentwickelt werden kann, um durch eine ausgewogene Regionalentwicklung zu einer Zusammenarbeit aller Teilräume und damit zu einem verbesserten regionalen Disparitätenausgleich zu gelangen. Hierbei ist zu beachten, dass ein Ausgleich regionaler Unterschiede keine absolute Vereinheitlichung verursachen soll, sondern es vielmehr – wie auch in den Befragungen bestätigt – eine Stärkung der Potentiale der jeweiligen Räume bedeutet, bei der die unterschiedlichen Ausprägungen der Teilräume als Qualität erlebt werden. Die Partnerschaft kann diese Qualitäten sichtbar machen, das gegenseitige Verständnis sowie die Verantwortung für einander – in Norddeutschland insbesondere durch die Projekte – fördern und dadurch zu einer Stärkung der einzelnen Teilräume gelangen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Leitbild *Wachstum und Innovation*
BBR (Hrsg.) (2006a): Leitbild 1: Wachstum und Innovation. http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22550/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/LeitbilderKonzepte/Leitbild1/03__DatenKartenGraphiken.html, Zugriff: 21.05.2008.

Abb. 2: Handlungsstrategien der Agglomerationspolitik
Schweizerische Eidgenossenschaft, ARE, SECO (2006): Agglomerationspolitik des Bundes. Zwischenbericht 2006. Bern, S. 7.

Abb. 3: Räumlicher Zuschnitt der *Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg*
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2008): MORO – Modellvorhaben der Raumordnung. http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/PlanenBauenWohnen/Landesplanung/Moro/Moro__node.html__nnn=true, Zugriff: 20.05.2008.

Abb. 4: Organisationsstruktur der *Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg*
Eigene Darstellung

Abb. 5: Die sechs vorgesehenen Modelle der Regionalkonferenzen im Kanton Bern
JGK (Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern) (2006): Kanton Bern: Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit. www.jgk.be.ch/agr, Zugriff: 16.05.2008.

Abb. 6: Modell Regionalkonferenz
Regierungsrat des Kantons Bern (Hrsg.) (2005): RRB 1552 (Regierungsratsbeschluss), Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit. Bern, S. 6.

Abb. 7: Modell des *Kooperationsforums Großräumige Verantwortungsgemeinschaft Norddeutschland*
Eigene Darstellung

Literaturverzeichnis

ARE (Hrsg.) (2003a): Agglomerationswachstum: jede dritte Schweizer Gemeinde ist städtisch. In: Dossier – Fakten und Hintergrundinformationen zur Raumentwicklung, H. 1, http://www.are.admin.ch/themen/agglomeration/00641/index.html?lang=de, Zugriff: 05.05.2008.

ARE (Hrsg.) (2006): Zwischenbilanz Modellvorhaben Agglomerationspolitik. Zusammenfassung des Erfahrungsaustausches vom 29. August 2006, Bern, S. 1-7.

ARE (Hrsg.) (2007): Agglomerationspolitik. http://www.are.admin.ch/themen/agglomeration/00561/index.html?lang=de; Zugriff am: 19.04.2008.

ARE; SECO (Hrsg.) (2006): Agglomerationspolitik des Bundes – Zwischenbericht 2006. Bern. http://www.are.admin.ch/themen/agglomeration/00561/index.html?lang=de, Zugriff: 25.04.2008.

ARE; UVEK (Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) (Hrsg.) (2005): Raumentwicklungsbericht 2005. Zusammenfassung. Bern, S. 5, 19-20.

Aring, Jürgen (2005): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Diskussionspapier, BBR (Hrsg.), S.1-68.

Aring, Jürgen (2006a): Der Entstehungsprozess der neuen Leitbilder der Raumentwicklung, In: BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12, S. 613-620.

ARL (1999): Deutsch-Schweizerisches Handbuch der Planungsbegriffe. Hannover, Bern.

ARL (Hrsg.) (2000): Jahresbericht 1999. Hannover.

BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.) (2004): MORO-Informationen – Innovative Projekte zur Regionalentwicklung. H. 1, Bonn, S. 2, http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_23558/DE/Veroeffentlichungen/MORO/Downloads/DL__1__1__MORO__Kurzportraits,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_1_1_MORO_Kurzportraits.pdf, Zugriff: 09.05.2008.

BBR (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

BBR (Hrsg.) (2006a): Leitbild 1: Wachstum und Innovation. http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22550/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/LeitbilderKonzepte/Leitbild1/03__DatenKartenGraphiken.html, Zugriff: 21.05.2008.

BBR (Hrsg.) (2008): Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung. Modellregionen. http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_21288/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/UeberregionalePartnerschaften/04__Modellregionen.html, Zugriff: 05.05.2008.

Bernplus (2008): Vernehmlassungsergebnisse zum Geschäftsreglement liegen vor, http://www.regionbernplus.ch/d/inhalte/aktuelles/meldungen/entries/387962771.php, Zugriff 25.05.2008.

Bernplus – Stadt und Land gemeinsam (2008): Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Fragen und Antworten. Bern, S. 1-6.

Bibliographisches Institut; F. A. Brockhaus AG (Hrsg.) (1989): Duden – Deutsches Universalwörterbuch. Mannheim, S. 1028-1029.

Eisinger, Engelus; Schneider, Michel (Hrsg.) (2005): Stadt-Land Schweiz. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag.

Fietkau, Hans-Joachim; Weidner, Helmut (1992): Mediationsverfahren in der Umweltpolitik – Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 39/40, Berlin, S. 24-34.

Fürst, Dietrich (1996): Wandel des Staatsverständnisses und verhandelnder Staat. In: ZEW (Zentrale Einrichtung für Weiterbildung der Universität Hannover) (Hrsg.): Zukunftsaufgabe Moderation – Herausforderungen in der Raum- und Umweltplanung. Dokumentation zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 28, Hannover, S. 5-25.

Gatzweiler, Hans-Peter (2006): Leitbilder in der Praxis, Impulse zur Umsetzung durch Modellvorhaben der Raumordnung, In: BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12, S. 677-691.

Gatzweiler, Hans-Peter (2008): Wege zur Entwicklung ländlicher Räume – Impulse durch Modellvorhaben. Vortrag bei der Begleitveranstaltung 2 „Stadt und Land in der Raumentwicklung" im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung des BMELV am 22. und 23.01.2008, http://www.bmelv.de/cln_044/nn_1124222/SharedDocs/downloads/08-LaendlicheRaeume/LaendlicheEntwicklung/Zukunftsforum2008/Gatzweiler__Vortrag,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Gatzweiler_Vortrag.pdf, Zugriff: 20.05.2008.

Gorsler, Daniela (2002): Informelle räumliche Planung. Stand der aktuellen Forschung und Forschungsbedarf. Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 286, Hannover.

Hahne, Ulf; Glatthaar, Michael (2005): Die großräumige Verantwortungsgemeinschaft - Eine neue Formel für den regionalen Verteilungskampf? In: IfR (Informationskreis für Raumplanung) (Hrsg.): RaumPlanung, H. 124, Dortmund, S. 5-10.

HCU (HafenCity Universität Hamburg) (Hrsg.) (2008a): MORO-Nord: Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg. Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/MORO-Nord.4.0.html, Zugriff: 18.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008b): MORO-Nord – Ziele. Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/Ziele.123.0.html, Zugriff: 18.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008c): Mitglieder des MORO-Lenkungsausschusses. Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/Beteiligte.124.0.html, Zugriff: 19.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008d): Die 11 MORO-Nord - Teilprojekte. Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/Projekte.119.0.html, Zugriff: 20.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008e): Aus der Region für die Region. Projektdatenblatt, Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/fileadmin/download/Projektblatt_aus_der_Region_fuer_die_Region.pdf, Zugriff: 21.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008f): Heranrücken – Anbindung der ländlichen Räume an die Zentren. Projektdatenblatt, Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/fileadmin/download/Projektblatt_heranruecken.pdf, Zugriff: 21.05.2008.

HCU (Hrsg.) (2008g): Position beziehen - Ländliche Räume in der überregionalen Partnerschaft. Projektdatenblatt, Homepage des MORO-Nord, http://www.moro-nord.hcu-hamburg.de/fileadmin/download/Projektblatt_Position_beziehen.pdf, Zugriff: 21.05.2008.

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2008): MORO – Modellvorhaben der Raumordnung. http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/PlanenBauenWohnen/Landesplanung/Moro/Moro__node.html__nnn=true, Zugriff: 20.05.2008.

Institut Raum & Energie (Hrsg.) (2008): Überregionale Partnerschaften - Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung. http://www.raum-energie.de/index.php?id=30, Zugriff: 03.05.2008.

JGK (Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern) (2008): Gesamtprojekt des Kantons Bern. http://www.jgk.be.ch/site/index/agr/agr_agglomeration/agr_agglomeration_strategie_kanton_bern/agr_agglomeration_strategie_regional_gesamtprojekt.htm, Zugriff: 17.05.2008.

Maier, Gunther; Tödtling, Franz (2002): Regional- und Stadtökonomik Bd. 2, Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Wien: Springer-Verlag, S. 177.

MRH (Metropolregion Hamburg) (Hrsg.) (2008): Mehr Zusammenarbeit wagen. http://www.metropolregion.hamburg.de/artikel.do?ok=19257&teaserId=467995&cid=6568767, Zugriff: 20.05.2008.

MV (Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern) (Hrsg.) (2008): Projekt Großräumige Partnerschaft / Norddeutschland Metropolregion Hamburg. http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/vm/Themen/Landes-_und_Regionalentwicklung_/Ausgewaehlte_Arbeitsgrundlagen_und_raumbedeutsame_Einzelvorhaben/Laenderuebergreifende_Zusammenarbeit/Ueberregionale_Partnerschaften/Projekt_Grossraeumige_Partnerschaft__Norddeutschland_Metropolregion_Hamburg/index.jsp, Zugriff: 20.05.2008.

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (Hrsg.) (2008): Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) – Überregionale Partnerschaften. http://www.ml.niedersachsen.de/master/C45084990_N45082895_L20_D0_I655.html, Zugriff: 20.05.2008.

Regierungsrat des Kantons Bern (Hrsg.) (2005): RRB 1552 (Regierungsratsbeschluss), Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit. Bern, S.1-63.

Regierungsrat des Kantons Bern (Hrsg.) (2008): RKV (Verordnung über die Regionalkonferenz). Bern.

Schultz, Barbara; Dosch, Fabian (2005): Trends der Siedlungsflächenentwicklung und ihre Steuerung in der Schweiz und Deutschland. In: NSL (Netzwerk Stadt und Landschaft) ETHZ Zürich (Hrsg.): disP 160, H. 1, S. 6-15.

SECO (1999): Bericht über die Kernstädte. Bern, S. 5-15.

Selle, Klaus (1995): Phasen oder Stufen? Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses. In: Informationskreis für Raumplanung (Hrsg.) (1995): Raum-Planung. H. 71, Dortmund: IfR, S. 237-242.

Sinz, Manfred (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung- Anmerkungen zu einem politischen Diskurs, In: BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12, S. 605-612.

Tobler, Georg (2002): Agglomerationspolitik des Bundes: Ziele, Strategien, Maßnahmen. In: ARE (Hrsg.): Forum Raumentwicklung. H. 1, Bern, S. 5-7, http://www.are.admin.ch/dokumentation/00880/index.html?lang=de, Zugriff: 07.05.2008.

Interviewverzeichnis

Interview am 16.05.2008 zum Thema Leitbilder und Raumentwicklung in Deutschland mit Jürgen Aring, Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel und ordentliches Mitglied der ARL sowie der DASL.

Interview am 19.05.2008 zum Thema Leitbilder und Raumentwicklung in Deutschland mit Peter Schmitt, Nordregio Stockholm.

Schriftliches Interview im Juni 2008 zum Thema Neue Agglomerationspolitik, Raumentwicklung und Modellvorhaben im Kanton Bern mit Herrn Christoph Miesch, Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern.

Schriftliche Interview im Juni 2008 zum Thema Neue Agglomerationspolitik, Raumentwicklung und Modellvorhaben in der Schweiz mit Georg Tobler, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Bern.